

Organisation amerikanischer Staaten verabschiedet Resolution „Human Rights, Sexual Orientation and Gender Identity“

Auf ihrer 40. Sitzung haben die Mitglieder der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) die Resolution AG/ Res. 2600(XL-O/10) angenommen und betonen darin, dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind und sie für jeden Menschen ohne Unterschied im Bezug auf Religion, Rasse, Hautfarbe, Sprache, sozialer Herkunft, politischer oder anderer Meinung, Eigentum, Nationalität oder sonstigen Status gelten. Darüber hinaus äußerten die Staaten der Karibik und der beiden amerikanischen Kontinente in dem Tagungsort Belize ihre tiefe Besorgnis darüber, dass viele ihrer Staatsbürger_innen immer noch wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität benachteiligt, ausgegrenzt oder gar verfolgt werden. Daher ruft die Resolution Res. 2600 alle Mitglieder der OAS zu folgenden Handlungen auf:

Alle Mitglieder sollen...

-Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen, die wegen oder im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung/geschlechtlichen Identität an einer Person begangen werden, verurteilen und durch die Strafbehörden verfolgen zu lassen.

-geeignete Maßnahmen treffen um Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung/geschlechtlichen Identität zu verhindern und zu bekämpfen. Darüber hinaus soll sicher gestellt werden, dass Betroffene Zugang zu Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bekommen.

-sich gegenseitig im Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung/geschlechtlichen Identität zu unterstützen.

-angehalten werden Menschenrechtsverteidiger_innen zu unterstützen und ihnen Sicherheit zu gewährleisten.

-die Aktivitäten der [Inter-American Commission on Human Rights](#) weiter zu unterstützen und sollen die Kommission auch weiterhin darin bestärken nicht nur die Situation in diesem Bereich besonders zu beobachten, sondern ebenfalls wissenschaftlich fundierte Studien zu diesem Thema zu ermöglichen.

-sollen das [Committee on Juridical and Political Affairs \(CAJP\)](#) darauf hinweisen, noch vor der 41. Sitzung der Organisation, das Thema "Human Rights, sexual Orientation, and gender identity" auf die Agenda der Kommission zu setzen.

-die ständige Kommission dazu aufrufen, noch vor ihrer 41. Sitzung die Implementierung dieser Resolution zu gewährleisten. Die Finanzierung aller Aktivitäten in diesem Bereich wird über programmbezogene Mittel und anderer Ressourcen gewährleistet werden.

Auf dem Gebiet einiger Mitgliedsstaaten der Regionalorganisation OAS gibt es immer noch eine Kriminalisierung von Homosexualität bzw. gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen unter Erwachsenen (Jamaika, Belize). Fälle von Diskriminierung, Ausgrenzungen oder auch Gewalt gegen Schwule, Lesben, Bi- und Intersexuelle, sowie auf Trans* gibt es immer häufiger, sowohl in Latein-, als auch in Mittelamerika und in den beiden großen nordamerikanischen Staaten USA und Kanada. Die Resolution, die Anfang Juni diesen Jahres verabschiedet wurde, kam jedoch nicht nur durch Delegierte der Mitgliedsstaaten der OAS zustande, sondern wurde viel mehr auch von rund 20 Nichtregierungsorganisationen(NROs) aus 17 Staaten mitgeprägt und durch entsprechende Vertreter_innen der OAS Mitglieder auf die Agenda gesetzt. Dies verdeutlicht in eindrucksvoller Weise welchen wichtigen Einfluss NROs auf multinationaler Ebene haben können und wies es

gelingen kann auch in anderen Organisationen, wie beispielsweise der UNO, solche Themen wieder auf die Agenda zu setzen.

René Mertens
2010-06-18